

Susanne Stumpenhusen

Mit klugen Konzepten gegen den kommunalpolitischen Stillstand



©: Kay Herschelmann

Susanne Stumpenhusen, geb. 1955 in Calberlah, Studium der Soziologie, Politologie, Psychologie und Theaterwissenschaften an der FU Berlin, seit 1989 hauptamtliche Gewerkschafterin bei der ÖTV Berlin, 1998 Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV Berlin, 2001 Landesbezirksleiterin ver.di Berlin-Brandenburg.

Als der Deutsche Bundestag 1991 seine Hauptstadtentscheidung traf, haben viele Menschen in Berlin und Brandenburg damit große Hoffnungen verknüpft. Sie haben die Entscheidung als ein Votum zugunsten der Region verstanden, als ein Signal, dass mit der alten/neuen Hauptstadt eine neue Zeit eingeleitet wird.

Tatsächlich bestand die Chance, dass sich Deutschland zu seiner Hauptstadt bekennt und die damit verbundene Chance nutzt. Viele Menschen haben mit dem technischen, aber vor allem geistigen Umzug nach Ostdeutschland erwartet, dass die Sorgen und Nöte der Hauptstadtregion und des deutschen Ostens stärker in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Bislang haben sich die Hoffnungen nicht erfüllt.

Entscheidung von 1920 bis heute wirksam

Das Jahr 1920 war für die Entwicklung der Stadt besonders bedeutend. Im Jahre 1920 entstand Groß-Berlin aus acht Großstädten, 58 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken. Die Vorbereitung des Groß-Berlin-Gesetzes hatte im Preußischen Landtag fast ein Jahr gedauert. Das mutige und stark umkämpfte Gesetz kam nur knapp mit den Stimmen der SPD, USPD und Teilen der DDP zustande. Die reichen Berliner Vorstädte und Gemeinden, die damals noch zur Provinz Brandenburg gehörten, favorisierten die politisch schwache „Gesamtgemeinde“. Der organisationspolitische Kompromiss war damals die Errichtung einer teils zentralisierten und teils dezentralisierten Verwaltung. Zwanzig Bezirke wurden eingerichtet, die großen politischen Einfluss gegenüber dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung hatten. Die Grundlage von 1920 ist bis heute nur unwesentlich verändert worden. Und das heutige Stadtgebiet ist identisch mit dem von 1920.

Groß-Berlin kam gegen den harten Widerstand der preußischen Provinz Brandenburg zustande. Brandenburg besaß außerhalb des Berliner Raums keine bedeutenden Zentren, ein Problem, das bis heute besteht und ungelöst ist. Mit der organisatorischen Herauslösung der Stadt Berlin seit den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstand inmitten der ländlichen Provinz eine Großstadt, in die 1920 die wirtschaftlich bedeutenden Städte der Provinz eingemeindet wurden. Die dadurch entstandenen Probleme eines Gegensatzes zwischen der Stadt Berlin und seinem Umland sind bis heute nicht beseitigt worden.

Weimarer Zeit mit wegweisenden Entscheidungen

Nach 1920 begannen die Stadtpolitiker auch unter schwierigsten wirtschaftlichen Problemen das neue Groß-Berlin aufzubauen. Sie haben die Einheit der Stadt geschaffen, von der wir heute noch profitieren. Weitsichtige Politiker wie Martin Wagner und Ernst Reuter haben Bedeutendes geleistet: Sie haben zusammen mit herausragenden Fachleuten begonnen, Berlin als Messeplatz zu entwickeln, seit 1924 entstand in Charlottenburg die Funkstadt Witzleben mit Funkturm, Messehallen und Haus des Rundfunks. 1927 wurde der „Einheitsfahrchein“ eingeführt. Dieses Ticket ist das Symbol für das einheitliche öffentliche Verkehrswesen in der Stadt. Aber auch die Ver- und Entsorgung der Millionenstadt wurden neu organisiert. Neue in ihrer Dimension bislang unbekannte Betriebe, deren Strukturen bis heute erkennbar sind, übernahmen den Aufbau und die Verwaltung der zentralen Aufgaben der Stadt. Bedeutende Wohnungsbauprojekte wie Hufeisensiedlung, Onkel-Tom-Siedlung oder Heidehof wurden in den Vorortbezirken gebaut und schufen den damals so dringend erforderlichen, öffentlich geförderten Wohnraum unter völlig neuen sozialen Gesichtspunkten. Diese bahnbrechenden Projekte, an denen bekannte Architekten und Städteplaner mitwirkten, haben bis heute nichts von ihrer Faszination verloren.

Der Fall der Mauer 1989 war die große Chance für die Stadt - auch für die Stadtentwicklung. 12 Jahre später muss man sagen, dass die Möglichkeiten nicht genutzt worden sind. Phantasielose Politiker/innen ohne Visionen und notwendige Kenntnisse und Erfahrungen haben dafür gesorgt, dass sich nur wenig bewegt hat. Berlin erstickt geradezu im provinziellen Mief. Den Politiker/innen der beiden Länder Berlin und Brandenburg ist bislang nicht ein einziges zukunftsweisendes Projekt gelungen. Die geplante Länderfusion scheiterte 1996 kläglich. Die Konkurrenz zwischen Berlin und Brandenburg blüht: Ohne übergreifende Koordination entstehen im Umland Gewerbe- oder Einkaufszentren. Die öffentlichen Verkehrsverbindungen aus der Stadt ins Umland sind immer noch mangelhaft, so reichen nur wenige Buslinien aus der Stadt dort hin. In Berlin und Brandenburg gibt es für 5,7 Mio. Menschen sechs Universitäten und zahlreiche Hochschulen, die untereinander konkurrieren. Eine strukturpolitische Abstimmung zwischen Berlin und Brandenburg findet nicht statt. Viele dieser Zustände sind durchaus mit der Zeit vor 1920 und mit der damaligen erbitterten Konkurrenz zahlreicher Städte und Gemeinden im Groß-Berliner Raum vergleichbar.

„Initiative für Berlin“ als nationale Aufgabe

Bei der Lösung der anstehenden Probleme kommt der öffentlichen Hand eine entscheidende Bedeutung zu. Mit einer gut funktionierenden Verwaltung, den öffentlichen Betrieben und

Einrichtungen können die Grundlagen für eine zukunftsweisende Politik gelegt werden. Allerdings ist klar, dass sich Berlin inzwischen in einer Schuldenfalle befindet, die das Leben in der Stadt immer mehr knebelt. Dazu hat vor allem der schnelle Abbau der Bundeshilfen zwischen 1990 und 1994 beigetragen. Während 1990 der Berliner Schuldenstand noch 9,2 Mrd. Euro betrug, stieg er 1995, im ersten Jahr des Wegfalls der Bundeshilfen und des Fonds Deutsche Einheit auf rund 21 Mrd. Euro an. Anstieg der Arbeitslosigkeit, starker Abbau industrieller Arbeitsplätze und sinkende Steuereinnahmen schränken den finanziellen Spielraum Berlins extrem ein. Berlin ist auf dem Weg zum schmutzigen Hinterhof der deutschen Industrienation. Seit langem weisen nicht nur die Gewerkschaften darauf hin, dass sich Berlin nicht von allein aus dieser Situation befreien kann. Damit die Hauptstadtregion überhaupt eine Zukunftschance hat, muss das „Projekt Berlin“ eine nationale Aufgabe werden. Was wir brauchen, ist ein Bekenntnis der Nation zur Hauptstadt. Als Hauptstadt muss Berlin wieder zu einem internationalen Symbol eines weltoffenen und modernen Deutschland werden. Die hausgemachten Querelen aber auch die ernsthaften Probleme sind nicht nur regionale sozialpolitische Randfragen, sondern haben eine internationale Dimension. In Berlin leben 441 000 Bürger/innen ausländischer Herkunft. Viele der „ausländischen“ Familien leben seit 30 oder mehr Jahren in Berlin, Kinder und Enkelkinder der Einwanderer sind hier geboren worden. Die Fragen der Integration von Ausländer/inne/n, aber auch Aspekte eines multikulturellen Miteinanders sind ungelöst. Die soziale Konfliktlage, die aufgrund dieser Situation entstanden ist, verschärft sich unter dem öffentlichen „Spar“zwang zusehends. Die Politik hat hier in den vergangenen Jahrzehnten vollkommen versagt. Die Finanznot in Berlin wird dazu führen, dass die öffentlichen Bildungseinrichtungen, also Kitas, Jugendprojekte oder Schulen, immer weniger in der Lage sind, die Problemflut zu bewältigen. Auf der anderen Seite spielt Deutschland auf dem internationalen Parkett eine immer größere Rolle. Wie kann aber eine internationale Politik glaubwürdig erscheinen, wenn Deutschland nicht in der Lage ist, die großen innenpolitischen Integrationsfragen zu lösen?

Die gesellschaftliche Integration kann nur durch kompetente und qualifizierte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erbracht werden. Hier wie auch bei zahllosen anderen Problemen und Fragen muss der öffentliche Dienst arbeits- und handlungsfähig sein. Sach- und Personalmittel sind notwendig, um die Arbeit leisten zu können. Berlin wird dann eine gute Zukunft haben, wenn die Stadt die sozialen Probleme im Griff hat.

Im Augenblick scheint es, als ob die Probleme die Stadt immer mehr in den Würgegriff bekommen. Steigende Kriminalität muss sicherlich mit gut ausgebildeten und ausgerüsteten Polizisten bekämpft werden. Wenn sich aber - und das ist bereits der Fall - die sozialen Probleme in die Kitas, Schulen und Gefängnisse verlagern, ist es zu spät. Daher brauchen wir den öffentlichen Dienst, gute Kitas und Schulen mit hoch qualifizierten und motivierten Beschäftigten. Berlin hat jetzt die Chance, die alten, 1920 errichteten Stadtgrenzen zu durchbrechen. Noch ist es nicht zu spät, um das bislang unkontrollierte Hineinwachsen der Stadt ins Umland durch eine Berlin-Brandenburgische Landesplanung zu steuern. Berlin ist der größte Grundbesitzer in Brandenburg. An den Voraussetzungen für gemeinsam von beiden Ländern getragenen Wohnungsbau und Industrieansiedlung dürfte es nicht scheitern. Seit der Bildung von Groß-Berlin im Jahre 1920 hat es keine gelungene Kooperation, kein wegweisendes gemeinsames Vorhaben zusammen mit Brandenburg gegeben.

Es ist jetzt an der Zeit, diese Schranken zu durchbrechen. Allerdings wird das nicht ohne Impulse der öffentlichen Hand gehen. Hier sind Expert/inn/en gefragt, die diese Projekte vorbereiten, aber auch mutige und weitsichtige Politiker/innen, die diese Projekte auch umsetzen können.

Motoren der Entwicklung: Kultur und Wissenschaft

Damit Berlin in der Konkurrenz zu anderen nationalen, aber auch internationalen Metropolen bestehen kann, benötigt die Stadt ein schärferes Profil, das sie z.B. im Bereich von Wissenschaft und Kultur erlangen kann.

Die Hauptstadtregion hat mit zahllosen Kulturschätzen oder einer für Deutschland einzigartigen Bühnenlandschaft und einem riesigen Medienangebot dafür bereits herausragende Voraussetzungen. Es geht darum, die bestehenden Kultureinrichtungen, Museen, Universitäten oder Institute zu stärken und gezielt auszubauen. Dazu ist aber eine Trendwende notwendig, denn wegen der „Spar“zwänge wird massiv abgebaut, und große Teile der bestehenden Strukturen sind gefährdet. Die Entwicklung dieser öffentlichen Einrichtungen hat natürlich auch struktur- und beschäftigungspolitische Dimensionen. Aber auch bei der Kultur, der Wissenschaft und Forschung muss länderübergreifend gearbeitet werden. Provinzielle Konkurrenz - heute zwischen den Einrichtungen alltäglich - muss der Vergangenheit angehören. Ein qualitativ hochwertiger, am „Weltniveau“ orientierter Ausbau benötigt Geld. Gerade im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich handelt es sich wiederum um nationale Aufgaben. Auch im Kaiserreich und in der Weimarer Republik waren die großen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen nicht kommunales Eigentum, sondern wurden vom Preußischen Staat getragen.

Berlin liegt nur etwa 70 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, weniger als 250 Kilometer sind es bis nach Tschechien. Trotzdem würden in Berlin nur wenige Menschen auf die Idee kommen, die Stadt als Drehscheibe zwischen Ost und West zu sehen. Auch hier ist ein Umdenken erforderlich, wenn Berlin als Hauptstadt international Profil gewinnen will. Das Umdenken muss in den Kitas, Schulen oder Hochschulen beginnen. Auch für die Öffnung der Stadt zu ihren Nachbarn sind dringend Impulse der öffentlichen Hand und der verantwortlichen Politiker/innen notwendig.

Der Mittelkürzung folgt sinkende Lebensqualität

Der personelle und finanzielle Abbau, den Berlin zurzeit durchleidet, hat ernste Folgen. Schon jetzt ist erkennbar, dass Berlin auf viele Jahre die Neueinstellungen im öffentlichen Dienst drastisch reduzieren wird. Viele Einrichtungen, die den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen, wie Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendheime werden geschlossen. Schon jetzt versucht der Senat, überall wo es geht, zu privatisieren. Mit Nachdruck soll mindestens die Hälfte der zurzeit öffentlichen Kitas an private Träger gegeben werden. Qualität oder Bürgernähe spielen eine immer geringere Rolle. Längst befindet sich Berlin in einer sich immer schneller drehenden Abwärtsspirale. Dass kräftig gespart wird, kann man deutlich in den ungepflegten Parkanlagen oder auf den löchrigen Straßen sehen. Langfristig leidet die Lebensqualität in der Stadt, der Standort Berlin wird für Wohlhabende und Investoren unattraktiv, wenn es nicht bald eine Trendwende gibt.

Kurswechsel ist notwendig

Wir brauchen einen radikalen Kurswechsel. Wir brauchen eine „Initiative für Berlin“, die als nationale Aufgabe verstanden wird. Berlin braucht fähige, kompetente und zukunftsorien-

tierte Politiker/innen, die den provinziellen Mief beseitigen. Die Stadt braucht spektakuläre und umweltfreundliche Projekte. Die sozialen Probleme müssen endlich sachgerecht angepackt werden.

Statt Privatisierung und Zerschlagung braucht der öffentliche Dienst in Berlin neue Impulse und eine Zukunft. Eine umfassende Verwaltungsreform - so, wie sie die Gewerkschaften seit Jahren fordern - muss für mehr Bürgernähe, Modernität und Enthierarchisierung sorgen. Im öffentlichen Dienst der Hauptstadt sind ca. 150 000 Menschen tätig. Hier gibt es großes Potential für den Wandel. Jetzt kommt es darauf an, dieses Potential mit intelligenten und zukunftsweisenden Konzepten zu erschließen.

Das Beispiel Berlins in der Weimarer Zeit macht deutlich, welchen Einfluss die Gestaltungskraft der öffentlichen Hand für die Entwicklung einer Metropole haben kann. Um die Möglichkeiten und Chancen Berlins als Hauptstadt ausschöpfen zu können, müssen wesentliche Grundlagen stabilisiert oder neu aufgebaut werden. Damit sich Berlin nicht zum sozialen Problemgebiet entwickelt, werden vor allem leistungsfähige Kindereinrichtungen, Schulen und allgemein zugängliche Bildungseinrichtungen benötigt. Die Diskussion um den „Rückzug auf die Kernaufgaben des Staates“, Privatisierungen oder Ausgründungen im öffentlichen Dienst destabilisieren die Situation und sorgen dafür, dass sich die Abwärtsspirale für die Stadt noch schneller dreht. Ein Hauptaugenmerk muss auf der Beseitigung der Arbeitslosigkeit liegen. Die aktuelle Arbeitslosenquote liegt bei 18,5 Prozent. Der massive Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, der vom Senat aus finanziellen Gründen betrieben wird, verschärft die Situation deutlich. Nach wie vor ist der öffentliche Dienst in Berlin der bei weitem größte Arbeitgeber. Aber auch die notwendige Ansiedlung von Industrie und Handwerk wird nur dann erfolgreich sein, wenn der Abwärtstrend gestoppt wird.